



Fraktionsantrag von SPD, Bündnis 90/die Grünen und WGK: Absichtserklärung Gründung einer gemeinsamen Klinikgesellschaft

VO/2023/098	Beschlussvorlage öffentlich
öffentlich	Datum: 07.03.2023
<i>FD 1.3 Gremien und Recht</i>	Ansprechpartner/in:
	Bearbeiter/in: Malthe Riksted

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
10.03.2023	Hauptausschuss (Entscheidung)	Ö
13.03.2023	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde (Entscheidung)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Beschlussvorschlag

1. Der Hauptausschuss am 10. März 2023 empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, dass die Verwaltung die im Entwurf vorliegende Absichtserklärung über die Gründung einer gemeinsamen Klinikgesellschaft zwischen dem Kreis Rendsburg-Eckernförde und der Landeshauptstadt Kiel unterzeichnet mit der Maßgabe, dass es in § 6 zum Zeitplan heißt, dass die Parteien eine schnellstmögliche Verschmelzung der Städtisches Krankenhaus Kiel GmbH und der Imland gGmbH nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens anstreben. Das genaue Datum der Fusion wird im Zuge der erforderlichen Prüfungen (due diligence, Fusionskontrolle etc.) und nach Feinabstimmung eines zwischen beiden Kliniken erarbeiteten medizinischen Konzepts festgelegt.

2. Der Kreistag am 13. März 2023 beschließt, dass die Verwaltung die im Entwurf vorliegende Absichtserklärung über die Gründung einer gemeinsamen Klinikgesellschaft zwischen dem Kreis Rendsburg- Eckernförde und der Landeshauptstadt Kiel unterzeichnet mit der Maßgabe, dass es in § 6 zum Zeitplan heißt, dass die Parteien eine schnellstmögliche Verschmelzung der Städtisches Krankenhaus Kiel GmbH und der Imland gGmbH nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens anstreben. Das genaue Datum der Fusion wird im Zuge der erforderlichen Prüfungen (due diligence, Fusionskontrolle etc.) und nach Feinabstimmung eines zwischen beiden Kliniken erarbeiteten medizinischen Konzepts festgelegt.

Sachverhalt

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Anlage

Relevanz für den Klimaschutz

Entfällt

Finanzielle Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus der Anlage

Anlage/n:

1	Antrag_SPD_GRÜNE_WGK-Absichtserklärung Gründung einer gemeinsamen Klinikgesellschaft
---	--



Rendsburg, den 7. März 2023

Antrag zu TOP 11.1.3 Hauptausschuss am 10.03.2023
Antrag zu TOP 5.1.4 Kreistag am 13.03.2023

Absichtserklärung Gründung einer gemeinsamen Klinikgesellschaft

Die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die WGK-Fraktion beantragen:

1. Der Hauptausschuss am 10. März 2023 empfiehlt dem Kreistag zu beschließen, dass die Verwaltung die im Entwurf vorliegende Absichtserklärung über die Gründung einer gemeinsamen Klinikgesellschaft zwischen dem Kreis Rendsburg-Eckernförde und der Landeshauptstadt Kiel unterzeichnet mit der Maßgabe, dass es in § 6 zum Zeitplan heißt, dass die Parteien eine schnellstmögliche Verschmelzung der Städtisches Krankenhaus Kiel GmbH und der Imland gGmbH nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens anstreben. Das genaue Datum der Fusion wird im Zuge der erforderlichen Prüfungen (due diligence, Fusionskontrolle etc.) und nach Feinabstimmung eines zwischen beiden Kliniken erarbeiteten medizinischen Konzepts festgelegt.

2. Der Kreistag am 13. März 2023 beschließt, dass die Verwaltung die im Entwurf vorliegende Absichtserklärung über die Gründung einer gemeinsamen Klinikgesellschaft zwischen dem Kreis Rendsburg- Eckernförde und der Landeshauptstadt Kiel unterzeichnet mit der Maßgabe, dass es in § 6 zum Zeitplan heißt, dass die Parteien eine schnellstmögliche Verschmelzung der Städtisches Krankenhaus Kiel GmbH und der Imland gGmbH nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens anstreben. Das genaue Datum der Fusion wird im Zuge der

erforderlichen Prüfungen (due diligence, Fusionskontrolle etc.) und nach Feinabstimmung eines zwischen beiden Kliniken erarbeiteten medizinischen Konzepts festgelegt.

Begründung:

Wir wollen unsere Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft für die Zukunft gut aufstellen. Daher ist es wichtig, für die Region Rendsburg-Eckernförde und Kiel eine gemeinsame und systemrelevante kommunale Klinikgesellschaft zu schaffen.

Diese ist in einem regionalen Gesundheitsverbund für eine qualitativ hochwertige und wirtschaftliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger der Region Rendsburg-Eckernförde und Kiel zuständig.

Anke Götsch
für die SPD-Fraktion

Dr. Christine von Milczewski
für die Fraktion
Bündnis90/Die Grünen

Dr. Andreas Höpken
für die WGK-Fraktion